

**Mit 22 von 26 Stimmen**

gewann gestern **Souad Abderrahim** von der islamisch-konservativen Partei Ennahda (Wiedergeburt) die Abstimmung in der Kommunalverwal-

lung von Tunis. Damit ist erstmals in der tunesischen Geschichte eine Frau ins Bürgermeisteramt der Hauptstadt Tunis gewählt worden.

**Salvini attackiert NISF/INPS-Chef**

ROM (mit). Italiens Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini hat gestern eine scharfe Attacke gegen den Chef der Fürsorgeanstalt NISF/INPS, **Tito Boeri**, gerichtet. Dieser hatte vergangene Woche behauptet, dass Italien den Beitrag der Migranten brauche, um sein Pensionssystem aufrechtzuerhalten. Der starke Rückgang bei den legalen Migrationsströmen könnte eine schwere Belastung für die Zukunft des italienischen Pensionssystems sein. „Es gibt noch Personen wie Boeri, die behaupten, dass ein Italien ohne Migranten ein Desaster wäre. Wir haben viel zu ändern in diesen öffentlichen Institutionen!“, sagte Salvini und gab somit zu verstehen, dass Boeri bald ausgewechselt werden könnte. „Legale Migranten erlauben uns den Erhalt von Pensionsbeiträgen, die ansonsten wegen des demografischen Rückgangs stark sinken würden“, hatte Boeri betont und sich somit scharfe Kritik aus den Reihen der Lega zugezogen.

UNO: Jordanien soll Flüchtlinge aufnehmen**WELTERNÄHRUNGSPROGRAMM: In Syrien bis zu 330.000 Vertriebene**

GENF (APA/dpa). Die Lage in der heftig bombardierten Stadt Daraa im Süden Syriens spitzt sich nach Angaben der Vereinten Nationen weiter zu.

Das Welternährungsprogramm (WFP) schätzt die Zahl der Vertriebenen auf bis zu 330.000 Menschen – so viele, wie im Süden Syriens seit Beginn des Bürgerkriegs 2012 nicht auf einmal auf der Flucht waren, sagte eine Sprecherin in Genf.

Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) befinden sich 40.000 Vertriebene an der Grenze zu Jordanien. Das UNHCR appellierte mit dem UN-Menschenrechtsbüro an Jordanien, die Grenze zu öffnen und die Menschen zu retten.

Das Gebiet in und um Daraa ist eine der letzten Regionen, die die Rebellen noch kontrollieren. Die Regierung in Damaskus hat mit russischer Unterstützung vor 2 Wochen eine Offensive begonnen, um sie zu vertreiben.

Das WFP hat Notrationen für rund 200.000 Menschen in die Region gebracht, wartet aber auf Sicherheitsgarantien, um mehr Menschen versorgen zu können. Jordanien bietet nach



Eine aus Daraa geflohene Frau.

APA/afp/MOHAMAD ABAZEED

UNHCR-Zahlen bereits mehr als 660.000 Syrern Schutz. Die Regierung sieht ihre Kapazität erschöpft und hat die Grenzen geschlossen. Nach UNO-Angaben sind innerhalb Syriens wegen

des Bürgerkriegs rund 6,6 Millionen Menschen auf der Flucht. Mehr als 5,6 Millionen Syrer haben in Ländern der Region Schutz vor der Gewalt gesucht.

© Alle Rechte vorbehalten

KURZ NOTIERT

Malaysias kürzlich abgewählter Regierungschef Najib Razak ist in Zusammenhang mit einem Milliardenkandal festgenommen worden. Es geht um Gelder aus dem 2009 von Najib aufgelegten Regierungsfonds IMDB, der die Wirtschaft fördern sollte. Aus dem Fonds sollen über 4,5 Milliarden Dollar abgezweigt worden sein. Etwa 700 Millionen Dollar wurden auf einem privaten Bankkonto Najibs entdeckt.

Die in Italien für Beamte zuständige staatliche Behörde ARAN arbeitet an einem Disziplinarcode: Beamte in Führungspositionen, die wiederholt vom Arbeitsplatz fernbleiben, oder für sexuelle Belästigungen verantwortlich sind, sollen sofort entlassen werden. Dies droht auch Funktionären, die Geschenke im Wert von über 150 Euro als Gegenleistung für ihren Einsatz im Rahmen ihrer Kompetenzen erhalten. Für unzulängliche Leistungen soll es Sanktionen geben.

Bei einem Anschlag auf französische Soldaten in Mali sind nach einer neuen Bilanz 4 Zivilisten getötet worden. Das teilte der französische Generalstab mit. 4 Soldaten der französischen Anti-Terror-Mission Barkhane wurden schwer verletzt.

Tausende palästinensische Frauen haben gestern im Gazastreifen nahe der israelischen Grenze demonstriert.

Kritiker sprechen von Säuberung der Justiz in Polen

WARSAU (APA/AFP). Polnische Richter demonstrieren gestern in Warschau gegen das umstrittene Gesetz zu ihrer Zwangspensionierung. Das Gesetz der nationalkonservativen PiS-Regierung trat am selben Tag in Kraft und schickt 27 der mehr



als 70 Richter am Obersten Gericht in den Ruhestand, weil sie die neue Altersgrenze von 65 Jahren überschreiten; bisher lag sie bei 70 Jahren.

Kritiker wie die erste Vorsitzende des Obersten Gerichts, Malgorzata Gersdorf, werfen der Regierung eine „Säuberung“ der Justiz vor. Einige der Richter, darunter Gersdorf, haben angekündigt, die Zwangspensionierung nicht zu akzeptieren und dennoch zur Arbeit zu gehen. Erst am Montag hatte die EU-Kommission wegen der Justizreformen ein neues Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet.

MINDERHEITEN IN EUROPA**Autonomie für Szeklerland abgelehnt****RUMÄNIEN: Abgeordnetenkammer stimmt gegen Gesetzentwurf eines ungarischen Abgeordneten – Verstöße gegen Minderheitenschutz**

BUKAREST. Die rumänische Abgeordnetenkammer hat einen Gesetzentwurf über eine Territorialautonomie für das Szeklerland im Nordosten Siebenbürgens abgelehnt.

Für das Gesetz stimmten nur 20 Abgeordnete des Dachverbandes der ungarischen Minderheit in Rumänien (RMDSz). Der Einbringer des Entwurfs, József György Kulcsár-Terza, erklärte laut der „Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien“, dass nicht die Grenzen verändert werden sollten, sondern nur

eingefordert werde, was allen europäischen Nationen zustehe.

Im Szeklerland lebt die Hälfte der rund 1,2 Millionen Angehörige zählenden ungarischen Minderheit in Rumänien. Sie bilden dort die Mehrheit der Bevölkerung. Rumänien hatte in Vorbereitung des im Jahre 2007 erfolgten EU-Beitritts eine akzeptable Gesetzgebung zum Schutz seiner 19 anerkannten nationalen Minderheiten verabschiedet. Die Umsetzung blieb aber allzu oft nur leerer Buchstabe.

Die ungarische Minderheit

beklagt immer öfter den Bruch der entsprechenden Gesetze, Diskriminierungen, Hassreden und offene nationalistische Kampagnen auch vonseiten hoher Politiker.

Immer wieder werden in Siebenbürgen bestehende zweisprachige Schilder beschmiert oder Klagen gegen zweisprachige Aufschriften oder ungarische Symbole eingebracht, denen rumänische Gerichte allzu oft mit fadenscheinigen Begründungen stattgeben.

Im Augenblick ist eine Neu-

fassung des Gesetzes über die Lokalverwaltungen aus dem Jahre 2001 im Gange.

Sorge, dass Rechte beschnitten werden

Der Präsident der Sektion Gyergyoszek des Szekler-Nationalrats, Zsolt Arus, befürchtet dadurch eine Verschlechterung. Das 2001 in Kraft getretene Gesetz sieht vor, dass in jenen Gemeinden der Bürger das Recht auf Verkehr mit den Behörden in seiner Muttersprache hat, in de-

nen der Minderheitenanteil mehr als 20 Prozent beträgt.

Im Einklang mit dem Rechtsgrundsatz, dass erworbene Rechte nicht verletzt werden dürfen, hielt das Gesetz von 2001 fest, dass diese Regelung auch dann bestehen bleibt, wenn der Anteil der Minderheit unter 20 Prozent sinkt. In vielen Gemeinden des Szeklerlandes sei ein solcher Rückgang des Minderheitenanteils festzustellen, schreibt Arus in einer Mitteilung.

In dem Entwurf zur Neufassung des Gesetzes werden aber

diese erworbenen Rechte nicht erwähnt, sondern nur die 20-Prozent-Hürde aufs Neue festgeschrieben. Daher fürchtet Arus, dass in gar mancher Gemeinde die Zweisprachigkeitspflicht mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes entfallen werde.

Er weist auch darauf hin, dass der Europarat Rumänien vor 6 Jahren und im heurigen Frühjahr erneut aufgefordert habe, die 20-Prozent-Hürde auf ein minderheitenfreundlicheres Maß abzusenken.

© Alle Rechte vorbehalten

BLICK NACH WIEN**Terrorverdacht in iranischer Botschaft****ÖSTERREICH: Wirbel vor Rouhani-Besuch und Atomgesprächen in Wien – Ghassemloo-Mord unvergessen**

von Andreas Schwarz

Diplomatischer Eklat einen Tag vor dem Besuch des iranischen Präsidenten Hassan Rouhani in Österreich und vor möglichen Atomdeal-Gesprächen Ende der Woche in Wien: Österreich will einem iranischen Botschaftsmitarbeiter den Diplomatenstatus aberkennen, weil er in Anschlagpläne gegen eine Versammlung von Exil-Iranern in Paris verwickelt sein soll.

Die Pläne für den möglichen Bombenanschlag waren von den belgischen Behörden aufgedeckt worden. Sie nahmen am Wochenende in Brüssel einen Mann und eine Frau fest, in de-

ren Auto ein Sprengsatz und Zünder sichergestellt wurden. Im Visier soll das Paar iranischer Herkunft eine Großversammlung der im Iran verbotenen Volksmudschaheddin in Villepinte bei Paris gehabt haben.

In Deutschland wurde am Sonntagabend dann in einer spektakulären Aktion an der Autobahnraststation Spessart-Süd ein Diplomat der iranischen Botschaft in Österreich festgenommen. Offenbar hatten ihn die Verhafteten in Belgien als Drahtzieher des geplanten Attentats und Übergeber des Sprengsatzes genannt: Assadollah A. (47) war laut seinem Diplomatenpass als 3. Botschaftsrat der Islamischen Republik in Österreich tätig, soll er aber ebenso Mitarbeiter des berüchtigten iranischen Geheimdienstes sein.

Wegen des Falles werde der

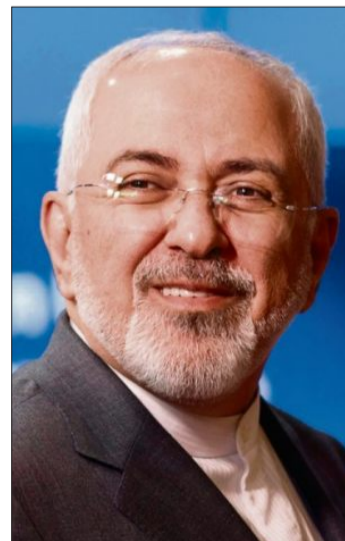
iranische Botschafter in Österreich „umgehend“ ins Außenministerium in Wien zitiert, hieß es dort gestern. Der Iran werde er sucht, die Immunität des iranischen Diplomaten aufzuheben. Ihm werde „binnen 48 Stunden aufgrund des Vorliegens eines Haftbefehls der Diplomatenstatus aberkannt“.

Irans Außenminister Zarif hegt Zweifel

Irans Außenminister Mohammad Javad Zarif zweifelt an den Berichten über den geplanten Anschlag. „Wie praktisch: Gerade als wir zu einem Präsidentenbesuch nach Europa aufbrechen, wird eine angebliche iranische Operation aufgedeckt und werden 2 (Iraner) verhaftet“, twitterte der Chefdiplomate. Die iranische Botschaft in

Wien und Terror: Das erinnert übrigens fatal an den Fall Ghassemloo vor bald 30 Jahren: Der iranische Kurdenpolitiker Rahman Ghassemloo hatte sich im Juli 1989 mit Vertretern des iranischen Regimes zu Geheimgesprächen in einer Wiener Wohnung getroffen – offenbar ein Hinterhalt, denn ein Killerkommando stürmte die Wohnung und erschoss den prominenten Kurdenführer. Die Tatverdächtigen tauchten in der iranischen Botschaft in Wien unter und durften, auf Druck Teherans, schließlich in den Iran ausreisen. Sie wurden von der österreichischen Polizei sogar zum Flughafen Schwechat eskortiert.

Der Rouhani-Besuch in Österreich stand nach den jüngsten Verstrickungen gestern noch nicht zur Disposition. Die Beziehungen zwischen Österreich



Der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif. APA/afp

und dem Iran sind – nicht nur wegen der seinerzeitigen Ghassemloo-Mord-Vertuschung – traditionell gut und waren das auch während der Zeit, als der Iran wegen seines Atomprogrammes international geächtet und mit Sanktionen belegt war.

In Wien wurde im Juli 2015 auch der Atomdeal der 5+1 (UN-Vetomächte plus Deutschland) mit dem Iran geschlossen, der ein Ende der Sanktionen gegen den Iran im Tausch gegen einen Stopp des Atomprogramms des Iran vorsah – jener Deal, den US-Präsident Donald Trump im Mai kündigte und an dem die anderen Partner gerne festhalten würden.

Und just gestern gab die iranische Nachrichtenagentur Irna bekannt, dass am Freitag ein Außenministertreffen zur Rettung des Atomdeals in Wien stattfinden soll – die Chefdiplomaten der 4+1-Gruppe (also 5+1 minus USA), die Außenminister aus Deutschland, China, Frankreich, Großbritannien sowie Russland, würden dabei ihren iranischen Amtskollegen Mohammad Javad Zarif treffen.

© Alle Rechte vorbehalten